

Annett Mängel

Schulen im Ausnahmezustand: Homeschooling forever?

Es gibt derzeit, neben der Impfdebatte, wohl kaum ein Thema, das so hitzig diskutiert wird, wie die Frage der Bildung in pandemischen Zeiten. Das ist auch wenig verwunderlich, sind von der Entscheidung, ob und in welcher Form Bildungseinrichtungen offenstehen, doch zahlreiche Menschen mit divergierenden Interessenlagen betroffen: Lehrerinnen, die zwar die Sorge um die Entwicklung ihrer Schüler umtreibt, die aber vielleicht selbst zur Risikogruppe gehören; Kinder und Jugendliche, die am besten im gewohnten Schulumfeld lernen; Eltern, die sich aufreiben zwischen Homeoffice und Homeschooling; Arbeitgeber, die Präsenz im Arbeitsalltag nach wie vor für unverzichtbar halten; Sozialarbeiter und Kinderärztinnen, die auf die gestiegene Zahl vernachlässigter Kinder aus dem Frühjahr verweisen und deshalb für offene Schulen plädieren; Virologinnen, die unermüdlich betonen, dass Kontakte zwingend beschränkt werden müssen.

Halbherziger KMK-Beschluss

In dieser Gemengelage sind die Kultusministerinnen und -minister samt ihrer Landesregierungen wahrlich nicht zu beneiden, ruft doch jede ihrer Entscheidungen zwangsläufig Widerspruch hervor. Umso mehr sollte man eigentlich davon ausgehen, dass Beschlüsse gut begründet getroffen sowie stringent kommuniziert und umgesetzt werden – um alle Beteiligten bestmöglich zu informieren, zu überzeugen und zu unterstützen.

Doch weit gefehlt: Auch die jüngste Entscheidung der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten mit der Kanzlerin vom 19. Januar zu „grundsätzlich“ geschlossenen Schulen bis Mitte Februar überlässt den Ländern reichlich Interpretationsspielraum, wie sie die „restriktive“ Vorgabe umsetzen.

Bereits zu Jahresbeginn beschloss die Kultusministerkonferenz (KMK) in einem halbherzigen Beschluss ohne konkrete Kriterien, den Schulbetrieb in drei Stufen – beginnend mit den Jüngsten und endend mit Präsenzunterricht für alle – wiederaufzunehmen, „sollten es die Situationen in den einzelnen Ländern zulassen“. Für Abschlussklassen sollten die bereits bestehenden Ausnahmen weiter gelten, um Prüfungen vorbereiten zu können. Doch dazu, ob und wie Prüfungen im zweiten Jahr der Pandemie tatsächlich sinnvoll und gerecht stattfinden können, äußerte sich die KMK nicht – obwohl es doch offensichtlich ist, dass bundesweit keine Schule den vorgesehenen Lernstoff vermitteln kann. Es muss also dringend darüber debattiert werden, wie in diesen Zeiten Prüfungen ablaufen sollen. Doch dazu bleibt es noch immer erstaunlich still im Lande und bislang sind lediglich Terminverschiebungen im Gespräch.¹

Obwohl die Ministerpräsidentenrunde im Kanzleramt am 5. Januar eine Verlängerung des Lockdowns zunächst bis Ende Januar beschloss – mit geschlossenen Schulen, Restaurants, Theatern und nicht lebensnotwen-

¹ Vgl. Kristin Haug, Corona: Schulen bleiben geschlossen – „Alles ein großes Chaos“, www.spiegel.de, 6.1.2021.

digen Geschäften –, scherten einige Länder anschließend einmal mehr aus und ließen ihre Schulen bereits ab dem 11. Januar wieder über eine Notbetreuung hinaus öffnen: So setzte Niedersachsen zwar die Präsenzpflicht aus, Abiturjahrgänge und Abschlussklassen wurden aber – ohne Maskenpflicht –, unterrichtet; die Grundschulen folgten dem verpflichtend in geteilten Klassen in der zweiten Januarhälfte.

Auch in Berlin sollten ausgerechnet die ältesten Schülerinnen und Schüler verpflichtend den Anfang machen, ungeachtet dessen, dass sie noch zum Jahresende am häufigsten positiv auf Sars-Cov-2 getestet wurden, oftmals mit öffentlichen Verkehrsmitteln durch die halbe Stadt fahren müssen und in Kursen mit wechselnder Schülerschaft lernen. Ab Mitte Januar sollten die Grundschüler in „mindestens halber Klassenstärke“ folgen. Auch die baden-württembergische Bildungsministerin Susanne Eisenmann, CDU-Spitzenkandidatin bei den kommenden Landtagswahlen, wollte, sogar völlig „unabhängig von Inzidenzen“², Schulen und Kitas schnell wieder öffnen. Diese Verkündungen sorgten umgehend für enormen Widerstand unter Eltern, Lehrern und Gewerkschaften, die die Öffnung der Schulen zu einem Zeitpunkt, an dem noch völlig unklar ist, welche Auswirkungen sowohl die Feiertage als auch die Virus-Mutanten aus Großbritannien und Südafrika auf die Infektionsentwicklung haben werden, für unverantwortlich hielten. Innerhalb von nur zwei Tagen unterschrieben mehr als 40000 Menschen eine Berliner Petition.³ Ihr Ansinnen wurde erhört: Am 8. Januar vollzog der Berliner Senat eine Kehrtwende und setzte die Präsenzpflicht bis auf Weiteres aus. In Baden-Württemberg piff der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann seine Bildungsministerin

zunächst zurück, kündigte aber entgegen dem MPK-Beschluss vom 19. Januar schon wieder an, Schulen noch vor Mitte Februar wieder öffnen zu wollen.

Für eine Notbetreuung und besondere Förderung blieben die Schulen vielerorts aber sowieso geöffnet – und boten damit genau das an, was viele anmahnen, nämlich eine konkrete Förderung von Kindern, die zu Hause nicht gut lernen können.

Schulen als Teil des Infektionsgeschehens

Nach den Erfahrungen aus dem Frühjahr 2020, als die Schulen völlig unvorbereitet geschlossen wurden – mit fatalen Folgen insbesondere für arme und benachteiligte Kinder⁴ –, setzte sich eine erstaunliche Lesart durch, die die Debatte um Schulöffnungen seither maßgeblich beeinflusst: Schulen seien keine „Treiber der Pandemie“, werden jene nicht müde zu betonen, die sie unter allen Umständen offen halten wollen. Um diesen Mythos aufrecht zu erhalten, hielt der Hamburger Bildungssenator Ties Rabe sogar eine Studie unter Verschluss, die den Corona-Ausbruch an einer Schule mit nur einer Person in Verbindung brachte.⁵

Dass Schulen nichts zum Infektionsgeschehen beitragen, gehört allerdings ins Reich der Legenden: Kinder infizieren sich und sind infektiös, entwickeln allerdings seltener Symptome. Sie werden deshalb weniger getestet; die Infektion bleibt daher oft unerkannt.⁶ Deshalb ist es auch um so schwieriger festzustellen, wer als Erstes infiziert war und die Infektion weitergetragen

4 Vgl. Annett Mängel, Corona: Die ignorierten Armen, in: „Blätter“, 6/2020, S. 9-12.

5 Vgl. Einzelne Person löste Masseninfektion an Hamburger Schule aus, www.tagesspiegel.de, 28.12.2020.

6 Vgl. Corona: Riesige Dunkelziffer? Studien zeigen, wie ansteckend Kinder wirklich sind – „Schulen entscheidend“, www.merkur.de, 14.12.2020; Sascha Karberg, Das Virus macht nicht am Schultor halt, www.tagesspiegel.de, 8.1.2021.

2 Baden-Württemberg verzichtet auf Sonderweg, www.faz.net, 14.1.2021.

3 Kein Präsenzunterricht in Berlin, solange Covid-19 nicht unter Kontrolle ist, www.change.org.

hat. Es geht also nicht darum, ob Schulen „das“ Problem sind, sondern darum anzuerkennen, dass sie „auch“ ein Problem sind. So stellte die AOK nach einer Auswertung der Krankmeldungen fest, dass Erzieherinnen noch vor Pflegepersonal die Liste mit den meisten Infizierten anführen.⁷ In Großbritannien gibt es vielerorts signifikant mehr Infektionen unter Lehrerinnen und Lehrern im Vergleich zur Gesamtbevölkerung.⁸

Das Problem wird noch verschärft durch die in Großbritannien und Südafrika aufgetretenen Virusmutanten, die sich vermutlich schneller verbreiten und – so zumindest in Großbritannien – auch zu einem Anstieg an hospitalisierten Kindern und Jugendlichen geführt haben. Eine große vergleichende Studie zur Rolle der Schulen in der Pandemie des European Centre for Disease Prevention and Control weist ausdrücklich darauf hin, dass sie diese neue Entwicklung nicht berücksichtigen konnte.⁹ Dessen ungeachtet berief sich unter anderem Jutta Allmendinger noch zu Jahresbeginn darauf, als sie in der „Zeit“ dafür plädierte, Schulen – wie beispielsweise in Irland – dringend offenzuhalten.¹⁰ Während Irland in der Tat lange Zeit – anders als Deutschland – auf sehr strenge Homeoffice-Regelungen, eine Begrenzung des ÖPNV auf 25 Prozent der üblichen Belastung und strenge Kontaktreduktionen setzte, um im Gegenzug Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen, wurden die Schulen mittlerweile auch dort aufgrund der rasant ansteigenden Infektionszahlen geschlossen.

Hierzulande hatte die Politik allerdings anders entschieden: Bildung für

alle wird zwar gefordert, steht aber doch nicht ganz oben auf der politischen Prioritätenliste. Wäre dem so, hätte es auch hier längst verbindliche Homeoffice-Regelungen, eine Beschränkung des ÖPNV und eine Regulierung weiterer Wirtschaftszweige, die nicht „systemrelevant“ sind, geben müssen. Dann nämlich hätte man bei der Abwägung, welche Kontakte einzuschränken sind, Schulen länger offen lassen können.

Allerdings hätte dies erfordert, dass über vorgeschriebene Hygienepläne auf dem Papier hinaus weitere Maßnahmen ergriffen worden wären, um die Schule für alle Beteiligten möglichst sicher zu gestalten. Das aber wurde in der Sommerferienzeit sträflichst vernachlässigt. Weder wurden alle Schulen mit einer ausreichenden Anzahl Ersatzmasken ausgestattet, noch wurden überzeugende Lüftungskonzepte für den kalten Winter entwickelt, die tatsächlich in der Lage sind, in vollbesetzten Klassen die Verbreitung von Viren einzudämmen. Noch immer zögern Bund und Länder, Schnelltests für den Eigengebrauch freizugeben und in ausreichender Zahl den Schulen zur Verfügung zu stellen, damit diese im Zweifelsfall schnell reagieren können. Und dort, wo wie in Sachsen Schüler und Lehrerinnen einmalig getestet werden sollen – obwohl ein Test immer nur eine Momentaufnahme ist –, ist die Umsetzung abenteuerlich, müssen sie doch dafür zusammen in vollbesetzten Bussen zu Testzentren fahren – mit entsprechendem Ansteckungsrisiko.

Die gescheiterte Digitalisierung

Während das RKI ab einem Inzidenzwert von 50 Infizierten je 100 000 Einwohner dringend Wechselunterricht, also nur eine halbe Klassenbesetzung, forderte, hielten alle Länder bis vor Weihnachten trotz hoher Inzidenzen am Regelunterricht in voller Besetzung fest. Auch dies dürfte dazu beigetragen

7 Erzieher, MFA und Pflegekräfte erkranken häufig an SARS-CoV-2, www.aerzteblatt.de, 21.12.2020.

8 Amy Gibbons, Teacher Covid rates up to 333% above average, www.tes.com, 5.1.2021.

9 ECDC, COVID-19 in children and the role of school settings in transmission – first update, www.ecdc.europa.eu, 23.12.2020.

10 Jutta Allmendinger und Nicola Brandt, Wir können es uns nicht leisten, dass Kinder ein zweites Mal leiden, www.zeit.de, 5.1.2021.

haben, dass der halbherzige November-Lockdown kaum Wirkung zeitigte.

Angesichts der weiterhin hohen Infektions- und vor allem Todeszahlen sowie der Virusmutationen werden Schulen so bald nicht in den Regelbetrieb zurückkehren können. Für die Fortsetzung des sogenannten Distanzunterrichts sind sie allerdings auch nach fast einem Jahr der Pandemie denkbar schlecht gerüstet. Die über Jahrzehnte verschlafene Digitalisierung rächt sich jetzt mit voller Wucht. Jedes Bundesland stellt unterschiedliche digitale Lernplattformen zur Verfügung, die aber Eines gemein haben: Sie halten dem Ansturm nicht stand. Ob LernSax in Sachsen, Mebis in Bayern, der Lernraum Berlin oder Moodle in Rheinland-Pfalz – alle gingen zu Jahresbeginn in die Knie. Selbst kommerzielle Angebote, auf die viele Schulen mangels überzeugender staatlich betriebener Angebote ausweichen, wie die Schul.cloud oder das US-amerikanische Padlet, kommen an ihre Belastungsgrenzen. Unterricht vor dem Bildschirm findet deshalb nur in zu wenigen Fällen tatsächlich statt – auch deshalb, weil ein Großteil der Schulen voraussichtlich noch bis auf Jahre nicht ans Breitbandnetz angeschlossen sein wird. Lehrerinnen und Lehrer können deshalb gar nicht gleichzeitig ihre Klassen per Video unterrichten, selbst wenn sie es wollten. Doch es mangelt nicht nur an digitaler Infrastruktur, sondern vor allem auch an Wissen darüber, wie digitales Lernen gut funktioniert. Hier gibt es massive Weiterbildungslücken unter den Lehrkräften, die dringend geschlossen werden müssen.¹¹

Immerhin haben sich inzwischen strukturierte Wochen- oder sogar Tagespläne durchgesetzt, Lehrerinnen und Lehrer sind aufgefordert, persönlichen Kontakt zu ihren Schülerinnen und Schülern zu halten und dabei ein

besonderes Augenmerk auf benachteiligte Kinder und Jugendliche zu richten. Gerade diese Aufgabe können die Schulen aber schon in normalen Zeiten nicht allein lösen. An diesem Punkt wird sich zeigen, ob all jene, die jetzt offenen Schulen aus Sorge um benachteiligte Kinder das Wort reden, es tatsächlich ernst damit meinen – oder ob sie nur die Betreuungsstruktur für die Wirtschaft offenhalten wollen. Meinten sie es wirklich ernst, hätte es jedenfalls längst mindestens einen Extrazuschlag auf Hartz IV geben müssen, um die Mehrausgaben – etwa für das tägliche Mittagessen oder Masken – für arme Familien zu kompensieren. Die Versäumnisse der Schulpolitik liegen seit Jahren auf dem Tisch – es hapert nach wie vor gewaltig bei der sozialen Mobilität, Bildungserfolge hängen massiv vom Bildungshintergrund der Eltern ab. Auch über die Pandemie hinaus müssen deshalb Unterstützungsangebote intensiviert werden: Jede Schule braucht Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Sogenannte Brennpunktschulen benötigen besonders engagierte Lehrerinnen und Lehrer, gute Konzepte und kleine Klassen, um so individuell wie möglich auf die Kinder und Jugendlichen eingehen zu können. Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sind für alle, denen es zu Hause nicht gut geht, wichtige Ankerpunkte und müssen ausreichend vorhanden und personell gut ausgestattet sein.

So sehr sich die meisten Schülerinnen und Lehrer darauf freuen würden: Auf eine rasche Rückkehr zum Präsenzunterricht für alle zu setzen, ist derzeit schlicht unverantwortlich und fatal. Da nicht so schnell alles wieder wie gewohnt sein wird, sollten sich die Kultusminister für dieses Jahr von der Präsenzpflcht lösen, die Prüfungsanforderungen an die Ausnahmesituation anpassen und vor allem zielgerichtet Angebote für jene bereitstellen, die sie besonders bedürfen.

¹¹ Vgl. Tim Engartner und Lisa-Marie Schröder, Apple, Google & Co.: Kommerz im Klassenzimmer, in: „Blätter“, 7/2020, S. 45-48.